

## Reformbewegungen in der SED in den 80er Jahren Möglichkeiten und Grenzen

### Widerstand, eigensinniges Interessenhandeln und Reformbewegungen

Die politische Bewegung, über die ich im folgenden reden möchte, gehört nicht unter den Begriff des Widerstands, sofern darunter ein Handeln verstanden wird, das sich subjektiv gegen eine gegebenen politischen Macht und auf den Sturz der Herrschenden richtet. Die qualitativ wichtige, quantitativ aber immer kleine Bevölkerungsminderheit, die echten *Widerstand gegen* die bestehende Macht ausübt, würde ich jedenfalls unterscheiden wollen einmal von dem breiten Feld des *eigensinnigen Interessenhandelns* der Bevölkerungsmehrheit und zum anderen von *Reformbewegungen innerhalb* der eine bestimmte Macht geistig oder praktisch tragenden Schichten, die ebenfalls eine Minderheitsposition darstellen.

Zu dem immer eigensinnigen Interessenhandeln gehören vielfältige Formen des Bargaining, gehören Aushandlungsprozesse, formelle und informelle Formen der Kompromißbildung, gehört die „passive Stärke“ in Betrieb und Gesellschaft, mit denen Menschen unter Nutzung der Möglichkeiten und Defizite gegebener Gesellschaftssysteme versuchen, ihre individuellen Lebensinteressen zu verwirklichen. In einer Untersuchung des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen, anfangs noch gemeinsam mit der Humboldt-Universität, konnten wir bereits 1990 Interessenhandeln, passive Stärke und informelle Kompromißbildung zwischen Arbeitern und Leitungen, „Planerfüllungspakt“ genannt, in einem Ostberliner Kabelwerk untersuchen und beschreiben.<sup>1</sup> Sie haben für die DDR-Gesellschaft eine außerordentlich große Bedeutung, nicht zuletzt deshalb, weil in einer Diktatur staatssozialistischen Typs gesellschaftlich vermittelte Formen des Interessenausgleichs nicht oder nur in einer verkehrten Weise wirken können. Eigensinniges Interessenhandeln nutzt bestehende Strukturen, um individuelle Lebensinteressen zu verfolgen, und stellt die Frage nach Affirmation oder Negation des Bestehenden nicht. Es setzt subjektiv gerade die vorgefundenen Systemstrukturen als die dem eigenen Handeln gegebenen voraus, ist also weder auf ihre Stabilisierung noch auf ihre Eliminierung gerichtet, sondern auf ihre Funktionalisierung.

Weil eigensinniges Interessenhandeln ein praktisches und als solches unreflektiertes Verhältnis zu den Systemstrukturen darstellt, ist es ausgesprochen unintellektuell. Ich halte die Vorstellung, aus dem immer vorhandenen eigensinnigen Interessenhandeln der Bevölkerungsmehrheiten könnte aus sich ein reflektiertes, auf die Veränderung der Systemstrukturen gerichtetes Verhalten werden, für einen Irrtum. Diesen Irrtum teilen aber auch diejenigen, die das praktische Interessenhandeln der vermeintlich „angepaßten“ DDR-Bürger vor 1989 oder der Neubundesbürger nach 1990 moralisch abwerten. Eigensinniges Interessenhandeln ist in jeder Gesellschaft lebenswichtig, und es ist immer das Normalverhalten der Bevölkerungsmehrheit. Obwohl ein bewußtes, aber unreflektiertes Verhalten zu den gegebenen Systemstrukturen, wirkt es faktisch auf die Systemstrukturen zurück, und zwar in einer außerordentlich nachhaltigen Weise. Auf lange Sicht entscheidet es praktisch, ob bestimmte Strukturen des Wirtschaftssystems, des politischen Systems oder anderer Subsysteme funktionsfähig bleiben oder untergehen müssen. M.E. ist das eigensinnige Interessenhandeln der Bevölkerungsmehrheit in der DDR die Ursache für zunehmende Reibungsverluste, für Desillusionierung und den schließlichen Totalverlust von Funktionsfähigkeit und

<sup>1</sup> Vgl.: Voskamp, Wittke: Aus Modernisierungsblockaden werden Abwärtsspiralen. Zur Reorganisation von Betrieben und Kombinat der ehemaligen DDR. In: SOFI-Mitteilungen Nr. 18, Dezember 1990.

Kern, Horst; Land, Rainer: Zur Mentalität von Arbeiter/innen in der ehemaligen DDR. In: Frankfurter Rundschau, Dokumentation, vom 13. Februar 1991.

Legitimität des DDR-Systems in der Bevölkerungsmehrheit. Der Exodus der achtziger Jahre und besonders des Sommers 1989 war in der großen Mehrheit eigensinniges Interessenhandeln. Für Machtzerfall und Umsturz ist immer beides nötig: eine Auflösung der alten Bindungen, die das Interessenhandeln der Bevölkerungsmehrheit in mit den Systemstrukturen vereinbaren Bahnen hielt, und eine zu Widerstand führende geistige oder intellektuelle Auseinandersetzung mit den gegebenen Gesellschaftsstrukturen. Für kurze, aber eindrucksvolle geschichtliche Momente kommt beides zusammen, stürzt Welten ein und bringt vielleicht auch neue Richtungen des Geschichtsprozesses hervor. Eigensinniges Interessenhandeln hat zwar politische Wirkungen, unter bestimmten Umständen auch entscheidende. Aber es ist kein originär politisches Handeln, die Akteure beabsichtigen nicht eigentlich Wirkungen im politischen System. Es ist ein Handeln an der Schnittstelle zwischen Lebenswelt und Gesellschaftssystemen.

Gelöscht: hält

Im Unterschied dazu sind Widerstand und Reformbewegungen originär politisch, weil auf die Reproduktion bzw. Veränderung politischer Verhältnisse gerichtet. Widerstand oder Reformbewegungen sind daher auch immer mit Diskursen politischer Identitätsbildung verbunden, eigensinniges Interessenhandeln schafft dagegen keine kollektives politisches Bewußtsein. Ich betone diesen typologischen Unterschied deshalb, weil es üblich geworden ist, Angepaßtheit, Dissenz, Desidenz, Widerstand und Opposition in auf einer „Skala der Widerständigkeit“ zu ordnen. Ein solches Vorgehen behauptet die qualitative Identität und will die Unterscheide als unterschiedliche Quanten ein und derselben Qualität denken. Ich lehne das ab, eben weil es nicht die differenten Typen sozialen Verhaltens sondern die subjektive Norm zum Maßstab sozialwissenschaftlicher Begriffe macht. Die eigentlich sozialwissenschaftlich zu erklärenden Konstellationen, soziale Lagen, kollektive Verhaltensmuster, verschwinden bei dieser Vorgehensweise.

Der politische Widerstand der entstehenden Oppositionsbewegungen war auf eine Veränderung des DDR-Systems durch Einwirkung *von außen* auf die Macht gerichtet, unabhängig davon, ob die Perspektive der Veränderung in Reformen oder in Transformation<sup>2</sup> gesehen wurde. Die Zulassung einer unabhängigen Opposition ist daher die entscheidende Forderung bei der Formierung von Widerstand. Reformbewegungen formieren sich dagegen aus der Perspektive der Macht selbst und sind auf deren Selbstveränderung von *innen* gerichtet. Daraus ergeben sich m.E. drei entscheidende Merkmale, die solche Reformbewegungen in staatssozialistischen Ländern von Widerstand unterscheiden:

Der Kurswechsel sollte aus der Staatspartei, der SED, selbst heraus erfolgen. Für den Beginn der Reformen werden also innerparteiliche Konstellationen gesucht.

Gelöscht: P

Opposition „von außen“ (außerhalb der Staatspartei) wird für das Ingangkommen der Reformen ausdrücklich nicht vorausgesetzt, unter Umständen sogar ausgeschlossen. Auch die Reformbewegung der 80er Jahre, die eine unabhängige Opposition *in der Folge* und nach Konsolidierung erfolgreicher Reformen zulassen wollte (vergleiche Ungarn, Polen), haben dennoch außerparteiliche Opposition nicht als Mittel für das Ingangkommen von Reformen gesehen, teilweise eher als Gefahr. Man glaubte, Druck von außen könne die Bereitschaft zur Einleitung von Reformen in der machthabenden Partei eher beeinträchtigen und die Gefahr von Blockaden bedeuten.

Eine Übernahme des westlichen Systems blieb ausgeschlossen. Zwar deutete sich in den Reformbewegung der 80er Jahre an, daß modernetheoretische Vorstellungen aus dem Westen benutzt wurden, um eine kritische Perspektive auf den real existierenden Sozialismus zu gewinnen und zu anderen sozialismustheoretischen Paradigmen zu kommen.<sup>3</sup> Damit wurden auch konvergenztheoretischen Vorstellungen

<sup>2</sup> Mit Transformation ist die zunächst formelle, Einführung grundlegender Institutionen der, westlichen Moderne gemeint: wirtschaftlich mit autonomen Unternehmen, Kapitalverwertungswirtschaft, Märkten und Beschränkung staatlicher Eingriffe auf Rahmensetzungen. Politisch als Pluralität politischer Subjekte, Wettbewerb, Wahlen, Rechtsstaat und Gewaltenteilung. Juristisch als Bindung des Staates und aller Akteure an Rechtsnormen und besonderen Schutz der Individualrechte.

Gelöscht: institutionelle

Gelöscht: von Grundstrukturen

Gelöscht: r

<sup>3</sup> Vgl: Land, Rainer: Waren die Reformsozialisten verhinderte Sozialdemokraten? In: Konferenz: Die real existierende postsozialistische Gesellschaft. Chancen und Hindernisse für eine demokratische politische Kultur. Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, Verlag GSFP, Berlin 1994, S. 235 ff.

einer Transformation denkbar wird, die aber im Prinzip als Transformation beider Gesellschaften - der westlichen wie der staatssozialistischen - in eine dritte gedacht wurde. Als Motor dieser Transformation gilt immer die Selbstveränderung der Macht, nicht etwa ihr Sturz.

Systemveränderung wird im allgemeinen nicht auf die Delegitimation und Demontage gegebener Macht- und Systemstrukturen gerichtet. Es bezweckt vielmehr, diese Macht- und Systemstrukturen zu *erhalten*. Reformen gehören soziologisch betrachtet zu den Trägern bestimmter Gesellschafts- und Machtstrukturen, wenn auch meist nicht oder nur für kurze Momente zu denen, die Macht tatsächlich ausüben.

Reformbewegungen im echten Sinne sind subjektiv auf Veränderung des Gegebenen gerichtet: gegebene Gesellschaftsstrukturen und soziale Strukturen sollen durch ihre *Veränderung zugleich* erhalten und stabilisiert werden. Dies hat einerseits etwas Subversives. Reformbewegungen geraten andererseits aber immer dann an Grenzen, wenn Gesellschaften aus strukturellen Gründen nicht oder nicht mehr reformierbar sind. Die dann nötige Demontage von Macht und den Sturz der Herrschenden können sie nicht vordenken. Sie scheitern im entscheidenden Moment. Dies gilt ausdrücklich für Reformen und Reformdiskurse innerhalb der kommunistischen Bewegung und in der SED.

Der Historiker Ralf Possekel und ich haben politische Identitätsbildung und speziell die Funktionsweise politischer Diskurse von Intellektuellen in der DDR nach einem spezifischen methodischen Konzept untersucht.<sup>4</sup> Wir beschreiben drei Diskurse innerhalb bzw. im Umfeld der SED, die im Sinne der Generationsfolge aufeinander aufbauen und die jeweils eine eigene politische Identität haben. Wir vergleichen sie mit den entsprechenden Gegendiskursen, die vor allem im Umfeld der evangelischen Kirche angesiedelt sind, die aber hier beiseite bleiben sollen. Aus diesem methodischen Zugriff ergeben sich die spezifische Perspektive und auch die Einschränkung dieses Beitrags: Wir können etwas über die politische Identität der 3. SED-Reformergeneration sagen und über die daraus folgenden Möglichkeiten und Grenzen politischer Erkenntnis und Konzeptionsbildung. Wir sind aber nicht imstande, eine zeitgeschichtliche Beschreibung und Analyse dieser politischen Bewegung als solcher darzustellen. Eine dokumentarische und analytische Bearbeitung der SED-Reformbewegungen steht noch aus, über die „Perestroika-Bewegung“ innerhalb der SED gibt es faktisch keine Untersuchungen oder Dokumentationen.<sup>5</sup>

### Reformdiskurse in der Staatspartei

Will man die soziale Bindung erklären, die die SED auf einen beträchtlichen Teil der politisch aktiven Bevölkerung ausgeübt hat, so reicht es nicht, lediglich auf die mit der Macht verbundenen Bindungen zu verweisen, also auf Aufstiegsmöglichkeiten, die sie Menschen eröffnet hat, auf Zwänge, die sie besonders in der staatlichen Verwaltung oder im Bildungswesen ausüben konnte, um Menschen zur SED-Mitgliedschaft zu überreden oder zu nötigen. Der rational wie visionär präsentierte Weg zu einer „neuen, besseren“ Gesellschaft spielte für die Bindung gerade des aktiven Teils der SED-Mitgliedschaft immer eine wichtige Rolle. Am Anfang war es vor allem der Kontrast zum NS-Faschismus. Daß diese Option aber Bindekraft behielt, obwohl die Tatsachen dem oft genug widersprachen, kann man nur erklären,

Land, Rainer; Possekel, Ralf: PDS und Moderner Sozialismus. In: Brie, M., Herzig, M., Koch, Th.: Die PDS. Empirische Befunde & kontroverse Analysen. PapyRossa 1995, [S. 114 ff.](#)

4 Vgl: Rainer Land und Ralf Possekel: Namenlose Stimmen waren uns voraus. Politische Diskurse von Intellektuellen aus der DDR. Bochum 1994.

Land, Rainer, Possekel, Ralf: „Symbolhafte Verweigerung“ und „Konspirativer Avantgardismus“. Abgrenzungen in politischen Diskursen von DDR-Intellektuellen. In: Hochschule Ost 3/1995, [S. 18 ff.](#)

5 [Seit kurzem arbeitet ein von der DFG gefördertes Forschungsprojekt „Der SED-Reformdiskurs der achtziger Jahre. Dokumentation und Rekonstruktion kommunikativer Netzwerke und zeitlicher Abläufe. Analyse der Spezifik und der Differenzen zu anderen Reformdiskursen der SED“. Die Ergebnisse werden in zwei Jahren vorliegen.](#)

**Gelöscht:** Wir hoffen, ab 1997 ein Forschungsprojekt dazu realisieren zu können.

**Gelöscht:**

wenn man untersucht, wie in der Folgezeit politische Identitäten erzeugt wurden, die auf eine jeweils neue Weise die Option auf eine „bessere Gesellschaft“ reproduzierten. Diese Vision reproduzieren hieß aber, die *eine mögliche Geschichte über die Reformierbarkeit des Staatssozialismus* erzählen. Ohne die „Reformdiskurse“ wäre die Bindung politisch aktiver Menschen mit der Zeit zerfallen. Sie sind ein wichtiges Moment, um Stabilität, Zeitdauer und Funktionsweise kommunistischer Herrschaft in den staatssozialistischen Gesellschaften zu begreifen.

Der erste Reformdiskurs innerhalb der SED ist der um den „Neuen Kurs“ vor dem 17. Juni 1953. Hier ging es in erster Linie darum, den Stalinismus zu überwinden und eine den „Idealen“ entsprechende demokratische Politik zu etablieren. Unter Berufung auf Lenin, Luxemburg und natürlich auf Marx und Engels wird gegen Dogmatismus, falsche Parteilichkeit, gegen eine unkritische Übernahme des sowjetischen Sozialismusmodells, für die Bewahrung eines echten Bündnisses mit nichtkommunistischen antifaschistischen Bewegungen und für Demokratie in der SED selbst und in der DDR überhaupt gestritten. Als Beispiel sei auf die Thesen von Anton Ackermann hingewiesen, über die Wolfgang Leonhard schreibt: "Es war seit vielen Jahren mein Wunsch gewesen, daß andere Länder einen anderen Weg zum Sozialismus gehen sollten als die Sowjetunion ... Abgesehen von einem ganz kleinen Teil hundertprozentig moskauhöriger Funktionäre, denen neue Gedanken überhaupt zuwider waren, lösten die Thesen eine große Erleichterung aus. Nun, so schien es uns, war endlich ein Weg gefunden. Wir hatten zwar keine öffentliche Distanzierung von den Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsbehörden vorgenommen, aber etwas anderes, was uns damals viel bedeutender und tiefer zu sein schien, war eingetreten: eine grundsätzliche Abgrenzung von der Entwicklung in der Sowjetunion. Ackermanns These begann ihren Siegeszug durch die Partei."<sup>6</sup> "Stand nicht der Führungsanspruch der KPdSU, die Losung von der 'führenden Rolle' der Sowjetunion im direkten Widerspruch zu den Grundsätzen einer internationalen Arbeiterbewegung, zu den Prinzipien von Marx und Engels? Hatte nicht Friedrich Engels im Vorwort zu seinem Deutschen Bauernkrieg 1874 geschrieben: 'Es ist gar nicht im Interesse dieser Bewegung, daß die Arbeiter irgendeiner Nation an ihrer Spitze marschieren.'?"<sup>7</sup> Interessant ist auch, daß diese Gruppe den 17. Juni nicht als „feindlichen Angriff“ deutet. Herrstadt berichtet vielmehr von seinen Begegnungen mit Arbeitern nach dem 17. Juni: Dort "war erneut und handgreiflich die unbegrenzte Bereitschaft, Kraft, der Reichtum an Ideen, Mutterwitz der Arbeiterklasse zutage getreten, - aber auch die Unduldsamkeit gegenüber Administratoren und Beutejägern beim Aufbau des Sozialismus."<sup>8</sup>

Trotzdem war der 17. Juni die Todesstunde dieses Reformdiskurses; was danach kam, waren seine Abgesänge. Der gewaltsamen Zerschlagung des Arbeiteraufstandes, der Rücknahme der schon beschlossenen Ablösung Ulbrichts mußte die Ablehnung des neuen Kurses folgen und die Festigung des stalinistischen Kurses im SED-Staat. Es bildeten sich zwei gegensätzlich zueinander stehende Identitäten: die Erzählungen der Dissidenten, die mit dem Stalinismus brachen (z.B. W. Leonhard, R. Havemann, St. Heym), und das "kommunikative" Schweigen<sup>9</sup> der durch die Partei Disziplinierten, die diesen Bruch nicht vollzogen (z.B. R.Herrstadt, J.R.Becher, A. Seghers, St. Hermlin).

Ein Neuansatz und zugleich eine Kritik des gescheiterten Reformansatzes findet in der nächsten Diskursgeneration statt. Grundmotiv des Reformdiskurses der Aufbaugeneration ist nicht der „eigene Weg“ zum Sozialismus, überhaupt nicht so sehr das Modell als solches, sondern die Frage nach einer Veränderung der Praxis, die den Idealen gerecht wird. Genau mit dieser Frage emanzipiert sich die Aufbaugeneration

<sup>6</sup> Wolfgang Leonhard: Die Revolution entläßt ihre Kinder. Köln 1955, zitiert nach der Ausgabe von 1987, S. 374.

<sup>7</sup> Ebenda 435.

<sup>8</sup> Rudolf Herrstadt: Das Herrstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953. Reinbek 1990, S. 94.

Gelöscht: Rosa

von den „Alten“ und entwickelt ihre eigenen Vorstellungen, übrigens parallel dazu in der SU - mit den ersten Kossygin'schen Reformkonzepten, die nie umgesetzt wurden, - und mit dem Prager Frühling in der CSSR.

Gelöscht: ,

In den sechziger Jahren, nach dem Bau der Mauer, startete diese Generation ihren Reformversuch. Die in den fünfziger Jahren ausgebildeten jungen Intellektuellen versuchten gemeinsam - in einem Bündnis von Wirtschaftsleitern, Journalisten, Politikern und Künstlern -, die DDR-Gesellschaft zu verändern. Neben den schon früher entwickelten Argumenten artikulierte sich jetzt die Kritik der *sachkundigen Macher*. Von einer ungebrochenen Fortschrittsgläubigkeit ausgehend, sollten unter Einbeziehung der modernen Wissenschaften die Mängel der DDR überwunden werden. Neben einer ideologisch/ethisch begründeten Kritik etablierte sich die Kritik der Fachleute. Die Diskussion kreiste um ökonomische Gesetze, wissenschaftlich-technischen Fortschritt, um Systeme, Mechanismen, Stimuli. Das Prisma für die Wahrnehmung gesellschaftlicher Realität war hier nicht mehr die Weimarer Republik, sondern vielmehr die westdeutsche Leistungsgesellschaft. Was dort gelang, sollte in der DDR auch möglich sein.

Christa Wolf berichtet: "Wir, meist Angehörige einer Generation, die in diesem Lande engagiert lebten, die Konflikte sahen, hatten ein sehr starkes Gefühl von der Gefahr, in die dieses Gemeinwesen geraten würde, wenn die Widersprüche nicht in produktiver Weise ausgetragen würden. Wir dachten, wenn nicht jetzt, dann ist es zu spät. Wir hatten das Gefühl, dies sei einer der letzten Momente, um die Entwicklung in der DDR in eine Richtung zu lenken, die diesen Staat zu einer Alternative machen konnte gegenüber der kapitalistischen Bundesrepublik. Wir wollten die sozialistischen Ansätze so weit stärken, daß die DDR auch geistig 'konkurrenzfähig' werden konnte. Und wir sahen uns mit Leuten in der Wirtschaft, in der Wissenschaft verbündet, die in die gleiche Richtung dachten und arbeiteten. Es gab persönliche Kontakte, wir haben miteinander gesprochen. Es gab sogar einzelne Leute im ZK, mit denen ich darüber offen sprechen konnte."<sup>10</sup>

Auch dieser Versuch scheiterte; nach 1970 ist er in der Medienöffentlichkeit der DDR tabu, enttäuschte Genossen wurden mit der 1971 proklamierten Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik stillgestellt. Statt der Suche nach einer alternativen Gesellschaftsform begann eine pragmatische Politik der Wohlstandsvermehrung nach westdeutschem Vorbild. Auch für diese Generation trennten sich die Wege - eine Minderheit ging in den Westen, die Mehrheit wurde zum Schweigen verurteilt. Im Rückblick waren die sechziger Jahre für diese Generation entscheidend. Der Journalist Gerhard Scheumann resümiert 1990: "Wenn ich die über vierzig Jahre meiner Parteizugehörigkeit überdenke, dann erscheinen mir die Wochen und Monate vor dem VI. Parteitag, der im Januar 1963 stattfand, in einem geradezu verklärten Licht. Es war die Zeit großer Öffentlichkeit, in der die Gesellschaft sich austauschte."<sup>11</sup> Helmut Seidel, Philosoph an der Leipziger Universität: "Es war und ist deshalb meine feste Überzeugung, daß, wenn es je eine kleine Chance gegeben hat, die DDR ökonomisch attraktiv zu machen, sie in den Jahren von 1963-1965 bestand."<sup>12</sup> Hans Bentzien über das 11. Plenum 1965, wo die Reformbewegung von den dogmatischen Kräften innerhalb der Partei abgewürgt wurde: "Es war der tiefste Stand in der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung."<sup>13</sup>

Ein dritter Diskurs im Umfeld der SED begann in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre; seine Akteure waren in der DDR aufgewachsen, kamen zumeist aus Intellektuellenfamilien - in vielen Fällen waren sie Kinder von "Aufsteiger-Intellektuellen" der Aufbau-Generation oder stammten aus Elternhäusern mit länger zurückreichender kommunistischer Tradition. Die Sozialisationsbedingungen dieser Generation unter-

<sup>9</sup> Vgl. Hermann Lübke, der diesen Begriff für die Nachkriegszeit in Westdeutschland prägte. In: Broszat u.a. (Hg.): Deutschlands Weg in die Diktatur. Berlin o.J., S. 334f.

<sup>10</sup> Günter Agde (Hrsg.): Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Berlin 1991, S. 266.

<sup>11</sup> Ebenda 246.

<sup>12</sup> Ebenda 252.

schieden sich in einigen sehr wichtigen Punkten von denen der vorangegangenen: Die Ausbildung war gründlicher und besser als die der Eltern, besonders dann, wenn diese der Aufsteiger-Intelligenz angehörten. In einer Zeit zur Schule gegangen, in der die DDR eine relativ stabile Existenz hatte, erlebte diese Generation die "neue Macht" als Realität, die nicht tagtäglich in Frage gestellt oder bedroht war. Diese Gesellschaft ließ sich nicht mehr als Provisorium betrachten, ihre Probleme konnten nicht einfach mit der Abnormität einer Sondersituation oder einer äußeren Bedrohung (Teilung Deutschlands, Besatzung, offene Grenze, kalter Krieg) erklärt werden.

Zum festen Repertoire dieser Diskursgeneration gehören Geschichten über den Versuch, in den vorhandenen politischen Organisationen - fast immer war es zunächst die FDJ - Veränderungen in ganz praktischen Fragen herbeizuführen. Da wurde z.B. in der Berufsausbildung oder an der Schule gegen Mißstände eine Wandzeitung gemacht, die Aufsehen erregte, die zu Maßregelungen führte, aber auch zu Ermütigungen. Gemeinschaftlich getragene Aktionen, in denen man plötzlich Führungsrollen übernehmen mußte, brachten die Erfahrung, daß es nicht nur Widerstände, sondern auch Unterstützung durch den einen oder anderen Lehrer oder durch manche Funktionäre in den Apparaten gab, vor allem aber durch die Gleichaltrigen in FDJ, Schule, Berufsausbildung. Für die sich sozialisierenden Kinder der Intelligenz aus dem Umfeld der Staatspartei entstand der Eindruck, die eigenen Ambitionen könnten zum Erfolg gebracht werden. Viele solche frühen politischen Aktionen mißlangen, aber der Erfolg schien immer greifbar nah, nur knapp verfehlt. Auch die politischen Rahmenbedingungen schienen sich zu verbessern. Entspannungspolitik Anfang der 70er Jahre, zunehmende internationale Anerkennung der DDR und solche Erlebnisse wie die X. Weltfestspiele in Berlin verstärkten Hoffnungen auf Reformen, die nur aus heutiger Sicht unbegründet erscheinen. Die Vision vom baldigen Ende des Kalten Krieges und von einer neuen Reformpolitik der SED entstand, und Anfang der siebziger Jahre wurde schon diskutiert, welche Jahrgänge demnächst in den Genuß einer verkürzten Wehrdienstzeit kommen könnten.

So glaubte die entstehende dritte Intellektuellengeneration des Parteiumfeldes bis in die Mitte der siebziger Jahre hinein, das uneingelöste Projekt der Eltern könnte mit mehr Klugheit und unter [besseren äußeren](#) Bedingungen doch noch gelingen und die Kluft zwischen Realität und Ideal sei durch eine andere Praxis überwindbar.

Gelöscht: anderen

Dann aber zerbrachen und zerbröselten diese Hoffnungen. 1976 wurde Wolf Biermann, verdammter Ketzer und doch heimliche Liebe gerade dieser Generation, von der SED-Führung bei einem Konzert in Köln, dem ersten Auftritt seit langem, hinterhältig "ausgebürgert". Es folgten Proteste, auf die mit Maßregeln geantwortet wurde. Erst gingen einige, dann drängte man andere hinaus, hoffend auf die Wiederkehr des Friedens. Doch diese Erwartung erfüllte sich nicht, der Strom intellektueller Identifikationsfiguren gerade dieser Generation, die in Richtung Westen gingen, riß nie mehr ab; und mit Ihnen verflog auch die bescheidene Reformeuphorie der frühen siebziger Jahre. Dieser Schock aber öffnete die Augen für bisher nicht wahrgenommene Grenzen: Die "Erfolgsmeldungen" der "Wirtschafts- und Sozialpolitik" beim hilflosen Kopieren westlichen Konsums, die Stagnation in Partei und Gesellschaft, die Einengung schon als eröffnet geglaubter Horizonte, z.B. beim Studium gesellschaftswissenschaftlicher Fächer - all dies schuf in den 70er Jahren ganz stark den Eindruck, daß die SED mit ihrer damaligen Führung zur nötigen grundlegenden Neuorientierung nicht mehr in der Lage sei.

Und in dieser Konstellation konnte an den alten Reformoptionen nicht mehr festgehalten werden, politische Identität konnte diese Generation nur gewinnen, wenn sie den Versuch eines Neuansatzes machte:

1. Der Diskurs der Reformsozialisten konstituierte sich Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre um die Frage nach einer Neubestimmung der *Prinzipien* des Sozialismus und entwickelte zwischen 1985 und 1989 ein Konzept der *Modernisierung* des Sozialismus, auf das ich noch näher eingehen werde.

---

<sup>13</sup> Günter Gaus: Zur Person. Neue Porträts in Frage und Antwort. Berlin 1992, S. 230.

2. Wie ihre Vorgänger sahen die Reformsozialisten, daß die Realität des DDR-Sozialismus keine Verwirklichung der "Ideale" einer sozialistischen Gesellschaft sein konnte. Im Unterschied zu der vorangegangenen "Aufbaugeneration" suchte der reformsozialistische politische Diskurs den Ausweg nicht in der Identität von "Praktikern", die die Wirklichkeit verändern wollten. Dieser Versuch war mit den Eltern gescheitert.

Die Reformsozialisten der Perestroikageneration gingen im Laufe ihrer politischen Sozialisation zunächst bewußt auf Distanz zu Politik und Praxis, weil sie auf diesen Feldern keine Möglichkeiten für eine Erneuerung der Gesellschaft oder des Sozialismus (was zunächst dasselbe schien) sahen. Ihr Ort war daher nicht der Betrieb, nicht die Kreisparteileitung, nicht der Zirkel schreibender Arbeiter, sondern die Universität oder das Akademieinstitut.

Gelöscht: meist

3. Bis 1987 existierten die Reformsozialisten ausschließlich als faktische, aber nicht definitive Kommunikationsgemeinschaft, und ihr politischer Diskurs zog keine scharfen Grenzen zum offiziellen Selbstverständnis der SED. Etwa 1987 und 1988, als die SED-Führung es nicht mehr vermochte, das in der SED als "Partei neuen Typs" geltende Fraktionsverbot eng zu interpretieren und scharf durchzusetzen, entstanden mehrere locker organisierte Gruppen, zumeist unter Nutzung offizieller Gelegenheiten, wie Forschungsprojekten oder Bildungszirkeln staatlicher Institutionen oder SED-offiziellen Charakters. Beispiele kenne ich aus Jena, Leipzig, Halle und aus mehreren Instituten der Akademie der Wissenschaften und der Humboldt-Universität in Berlin.

4. In der "Wende" traten diese Gruppen mit diversen Reformkonzepten auf, vor allem in der ersten Phase. Unter den Bedingungen einer aktiv werdenden Bürgerbewegung und einer gegen die SED demonstrierenden Bevölkerung waren sie innerhalb der SED die Kraft, die die Stabilisierung der Krenz-Führung nach dem Sturz von Honecker verhindert und den Rücktritt des gesamten Zentralkomitees erzwungen hat.

5. Nach dem Sturz der SED-Herrschaft zerfiel diese Gruppe. Anlaß war die Frage nach dem Umgang mit der alten SED und nach den weiteren politischen Optionen. Ein Teil war für die Auflösung der SED und die Gründung einer oder mehrerer neuer politischer Organisationen und Parteien, in denen die verschiedenen und damit auch die eigenen politischen Ideen organisatorisch zum Tragen hätten kommen können. Ein Teil verließ die SED und suchte Anschluß an andere politische Parteien, die Grünen, die SPD, das Bündnis 90. Ein großer Teil übernahm die konzeptionelle und die politische Führung beim Umbau der SED zur PDS.

6. Die politische Identität dieser Gruppe ist geprägt durch zwei sich im Widerstreit befindende Momente: *Modernismus*, d.h. eine auf die Theorien moderner Gesellschaften verweisende Gesellschaftskonzeption, und *Avantgardismus*, ein politisch aus den kommunistischen Traditionen stammendes Verständnis der eigenen Rolle als Politikakteure.<sup>14</sup>

### Die politische Identität der 3. SED-Reformergeneration - Möglichkeiten und Grenzen

Schon die Aufbaugeneration stellte in den 60er Jahren die Frage nach der Differenz von Sozialismusideal und Wirklichkeit und suchte mit Reformprojekten, wie dem Neuen Ökonomischen System, nach einer anderen Praxis. Der reformsozialistische Diskurs der 80er Jahre stellte aber nicht mehr die Frage der Aufbaugeneration nach Wegen zu einer den Idealen besser entsprechenden Realität, sondern fragte, ob denn die geltenden Vorstellungen sozialistischer Ideale selbst Ursache der desolaten realsozialistischen Wirklichkeit seien könnten, ob denn der Stalinismus womöglich keine Verirrung, sondern ein in den sozialistischen Konzeptionen selbst angelegter und insofern „zwangsläufiger Abweg“ sei, die häßliche Fratze eines erträumten Paradieses. Der politische Diskurs der 3. Generation fragte nicht nach Pragmatik, son-

Gelöscht: In: (Konferenz) Die real-existierende postsozialistische Gesellschaft. GSFP Berlin 1994.

<sup>14</sup> Vgl. Rainer Land: Waren die Reformsozialisten verhinderte Sozialdemokraten? [A.a.o.](#)

dem nach einem theoretischen Neuansatz des Sozialismus, und sein Ort waren vorzüglich die Universitäten und die Akademie der Wissenschaften.

Nach unseren Untersuchungen sind folgende Narrationen für die politische Identität des dritten Reformdiskurses bedeutsam:

- Geschichten über das Scheitern der Reformversuche der Eltern und den mit diesen Versuchen verbundenen Unsinn („Zirkel malender Arbeiter“ im Betrieb).
- Geschichten über die Reformhoffungen der frühen 70er Jahre (Weltfestspiele). („Auf eine unspektakuläre und unausgesprochene Weise wird Honecker das machen, was der Prager Frühling eigentlich wollte.“)
- Geschichten über den Untergang der Reformhoffungen in dem seit der Biermann-Ausbürgerung nicht mehr abreißenden Exodus wichtiger intellektueller oder auch kultureller Identifikationsfiguren dieser Generation. (G. Kunert, M. Krug, V. Fischer, ...)
- Geschichten über versuchte, gelungene wie mißlungene Funktionalisierungen der SED- und Staatsapparate bzw. -Funktionäre für eigene politische Zwecke.
- Geschichten über die ursprüngliche Absicht, in die (politische oder wirtschaftliche) Praxis zu gehen; die Erfahrung, daß in diesen Bereichen keine Chancen für Reformhandeln bestehen, und den Ausweg der Nutzung von Spielräumen für „Reformdenken“ in der Wissenschaft (Universitäten und Hochschulen).
- Geschichten über das Auffinden immer neuer reformwilliger Menschen im meist akademischen Milieu um die Partei herum und die Ähnlichkeit der Suche und der Ansätze.
- Beschwiegene Geschichten über die Stasi, die Anwerbungsversuche, die innere Auseinandersetzung mit dem „ambivalenten“ Charakter der Stasi. Geschichten über die eigenen Versuche, durch eine Zusammenarbeit mit der Stasi einerseits eine gewisse Absicherung und „Billigung“ der eigenen Position im Reformdiskurs zu erreichen, andererseits vielleicht auch ein Bündnis mit Teilen des Machtapparates für Reformen zu erreichen.<sup>15</sup>
- Geschichten über die Perestroika und ihre Rezeption in der DDR.

Das in diesen Geschichten transportierte Welt- und Selbstverständnis ermöglicht eine ganz bestimmte Erkenntnis von Wirklichkeit, eine selektive, die ihre Schärfen und Unschärfen und auch ihre blinden Flecken hat. Ermöglicht wird im Unterschied zu dem vorhergehenden Diskurs der Aufbaugeneration, die Frage nach den nicht temporären und umständebedingten, sondern nach den strukturellen Ursachen des Stalinismus zu stellen und nach grundsätzlichen, im Konzept selbst liegenden Ursachen der Deformationen und Grenzen der realsozialistischen Entwicklungen zu fragen sowie nach systembedingten Ursachen für das jedesmalige Scheitern vorangegangener Reformen zu suchen. Damit ist dieser Diskurs in einer sehr viel grundsätzlicheren Weise über die Stalinismusanalyse hinausgegangen, denn er fragte, wie Sozialismuskonzept und Entartung des „realen Sozialismus“ ~~Ersäglichkeithängen~~ mit dieser Identität auch eine neue Rezeption des westlichen Philosophie und Gesellschaftswissenschaft, vor allem eine produktive Rezeption der Modernetheorien, was wiederum eine neue Perspektive auf die Analyse der Ursachen des realsozialistischen Desasters eröffnete. Dazu haben wir an anderer Stelle ausführlicher argumentiert.<sup>16</sup>

---

<sup>15</sup> André Brie: "Ich habe nüchtern eingeschätzt, daß die DDR keine Zukunft hat, wenn nicht die Reformprozesse aus der SED beginnen. Ich habe jetzt in einem schwierigen Prozeß verstehen müssen, daß die BRD ein Fortschritt ist, ein zivilisatorischer Fortschritt auf vielen Gebieten. ... Und ich muß leider sagen, daß es da eine Kluft in mir selbst gibt ... zwischen meinen theoretischen Ansätzen und meiner eigenen Rolle. ... Ich hatte auch die Illusion, daß gerade das MfS (Ministerium für Staatssicherheit) etwas bewirkt. In den achtziger Jahren habe ich daran immer weniger geglaubt." André Brie: Ich wollte eine andere DDR - das hat mich diszipliniert. Interview in: „Neue Zeit“, 27. Oktober 1992.

<sup>16</sup> Land, Rainer: Waren die Reformsozialisten verhinderte Sozialdemokraten? A.a.O.



Was aber waren die Grenzen dieses Diskurses? Arnim Mitter nennt diese Generation von Reformsozialisten in der SED gern die „Stasi-Generation“. Wir reden von „konspirativem Avantgardismus“, aber zugleich von der „Perestroika“. Der blinde Fleck dieses Diskurses war das affirmative, aber eben unreflektiert affirmative Verhältnis zur Macht und das folglich negative Verhältnis zu Gegenmacht und Opposition.

In der Theorie wurde Macht als Bedingung und Moment moderner Gesellschaft unterstellt, zugleich die Notwendigkeit ihrer institutionalisierten Beschränkung und Kontrolle erkannt.<sup>17</sup> Die sich daraus konzeptionell ergebende Frage schien zu sein, wie die Transformation einer demokratisch und durch Recht nicht kontrollierten Macht in eine moderne Form des Staates vorgestellt werden kann. Die theoretisch richtige Lösung war die „Trennung der Partei vom Staat“ und die damit möglich werdende Demokratisierung der Partei einerseits und des Staates andererseits. Wie aber sollten Reforme in der SED diese Vorstellung verwirklichen? Der Zirkel, in dem sich dieser Gedanke bewegte war, daß die Partei selbst als Instrument ihrer Entmachtung gedacht werden mußte. In der Definition der eigenen Akteursrolle lag die Schwierigkeit. Außerhalb der Partei war eine Akteursrolle für diese politische Gruppierung nicht denkbar, innerhalb der Partei fehlten hingegen die Voraussetzungen der Aktion. Es sei nachdrücklich betont, daß ich dieses Dilemma nicht als Ausdruck einer subjektiven Verfaßtheit oder einer persönlichen Beschränktheit betrachte. Die SED-Reformer sind persönlich im Durchschnitt nicht besser und nicht schlechter als jede andere politische Gruppierung. Es ist vielmehr die objektive Lage einer sozialen Gruppe, die durch ihre Sozialisation zu den Trägern einer Machstruktur gehört, die unreformierbar geworden ist.

Das Dilemma der SED-Reformer besteht eben gerade darin, daß sie einige wesentliche Bedingungen einer Reform des Staatssozialismus erkannt haben, aber eine politische Umsetzung eben dieser Bedingungen der eigenen sozialen Lage widersprach. Weil dies oft mißverstanden wird betone ich, daß damit nicht der Verzicht auf irgendwelche Privilegien oder Reichtümer gemeint ist. Eine *politische* Bewegung kann die Veränderung der gegebenen Gesellschaft immer nur denken, indem sie die eigene Rolle als politisches Subjekts dieser Veränderung zu begreifen versucht. Hier liegt das Problem. Nicht der Verzicht auf Posten und Einkommen, sondern der Verlust des eigenen politischen Selbstverständnisses wäre der Preis gewesen, den die SED-Reformer hätten zahlen müssen. Man konnte die eigene politische Idee nicht konsequent entwickeln, ohne die mitgegebene politische Identität der eigenen sozialen Gruppe aufzugeben. Als einzelner konnte man sich davon befreien, z.B. indem man nach dem Westen ging oder in die Opposition wechselte.

Eine politische Kritik der Macht und eine reflektierte Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle als Teil der Macht fand nicht statt, sie hätte die Idee einer Reformierbarkeit der DDR oder des realen Sozialismus zerstört, als Illusion entlarvt. Das ungeklärte und unklärbare Verhältnis zur Macht hatte dann die konspirative Form des Avantgardismus dieser Intellektuellengruppe zur Folge. Der eigene Anspruch auf die Macht

Gelöscht: transformiert

Gelöscht: Verzicht

Gelöscht: auf ein

Gelöscht: Nur a

Gelöscht: s

17 Land, Rainer; Possekel, Ralf: PDS und Moderner Sozialismus. A.a.o. S. 115ff.  
Vgl.: Will, Rosemarie (1989): Rechtsstaatlichkeit als Moment demokratischer politischer Machtausübung. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 9/1989. (Geschrieben 1988). Die Konsequenz wurde im Herbst 1989 offen formuliert: "Daher ist ein Prozeß der Entstaatlichung der Partei, der Trennung der Partei von der direkten Kopplung an den Staatsapparat erforderlich." Es wird der Übergang zu einem Parteienparlament und offenen Wahlen ohne Einheitsliste gefordert: „Für die Wahlregeln schlagen wir ein Verhältniswahlrecht mit Mindestsatz von 5 Prozent vor.“ (Erstveröffentlichung am 22.10.1989). Rainer Land, Rosemarie Will, Dieter Segert: Wie wollen wir mit den entstandenen informellen politischen Gruppen und Bewegungen umgehen und wie könnte mit dem Umbau des politischen Systems sowie des Staates und des Rechts begonnen werden? In: Land, Will; Segert, (1989): Texte zu Politik, Staat, Recht. (Sozialismus in der Diskussion 2. Hg. von Rainer Land und Lutz Kirschner.) Berlin 1990, S. 68 und 70.  
"Die alte Grundkonstruktion der politischen Macht, nach der die SED, d.h. ihr Parteiapparat, auf direktem Wege dem Staatsapparat in nahezu allen Angelegenheiten seinen Willen durch Weisungen aufzwingen konnte, ist aufgebrochen worden. Am 1. Dezember 1989 wurde der Halbsatz von der 'Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei' aus dem Artikel 1 der Verfassung der DDR gestrichen. Mit dem außerordentlichen Parteitag hat die SED-PDS ihre Trennung vom Staat begonnen." Rosemarie Will: Revolution in der DDR und Verfassung. Ebenda S.9.

Gelöscht: In: M. Brie, M. Herzig, Th. Koch: Die PDS. Empirische Befunde & kontroverse Analysen. PapyRossa 1995

Gelöscht: en

Gelöscht: Rainer;

Gelöscht: Rosemarie

Gelöscht: , Dieter

Gelöscht: (

Gelöscht: )

als Gestaltungsmittel politischer Verhältnisse und als Voraussetzung für die Realisierung von Reformen wurde selbst konspirativ behandelt - gegenüber der Parteibrigade, aber vor allem sich selbst gegenüber.

In der Wende resultierten daraus nun Verhaltensweisen, die den spezifischen „Beitrag“ der SED-Reformer zur Diskursblockade darstellen:

Auf die eigene Akteursrolle bei der Realisierung von Reformen fixiert, unterblieb eine Neubestimmung des Verhältnisses zur inzwischen wahrnehmbar agierenden Opposition. Die Reformer waren außerstande zu begreifen, daß die Zulassung der Opposition zur Kontrolle und zur Partizipation an der Machtausübung gerade die Voraussetzung dafür gewesen wäre, Reformfähigkeit überhaupt herzustellen. Es kam zu keiner positiven Politik für den Sturz der SED-Führung und für die Errichtung eines provisorischen Bürgerparlaments und einer entsprechenden Regierung.

Zum blinden Fleck gehört, daß die Unreformierbarkeit des Realsozialismus nicht erkannt werden konnte. Konzeptionell durch die Rezeption und Assimilation von Modernetheorien durchaus imstande, die grundlegenden Strukturdefizite zu erkennen, setzte man auf einen durch eigene Reformen eingeleiteten Veränderungsprozeß, der erst auf eine längere Perspektive zu Transformationen führen sollte. Das 1989 sichtbar werdende Mißlingen der Gorbatschowschen Reformen in der Sowjetunion zeigte aber an sich, daß der Staatssozialismus zu Reformen außerstande war. Wirkliche Reformen führten zu seinem Zusammenbruch. Die Erkenntnis, daß die Transformationsperspektive nicht erst als Folge von Reformen gewonnen werden kann, sondern umgekehrt, Reformfähigkeit nur gewonnen werden konnte durch das Voraussetzen von Transformationsperspektiven, war den Reformsozialisten verwehrt - nicht aus theoretisch konzeptionellen Gründen, sondern weil sie im Dissens zur eigenen Akteursrolle und Machtbindung stand.

Mit dem Konzept des „Dritten Weges“ gaben die SED-Reformer der Integration innerhalb der eigenen Tradition, also mit Altkommunisten und Aufbaugeneration, eindeutig den Vorrang gegenüber der Verständigung mit den Bürgerbewegungen über einen neuen Grundkonsens und eine Rekonstituierung von Macht. Dies mündete schließlich in dem Projekt PDS.

Mit der Weigerung der SED-Reformer, die konzeptionell unfähige und für selbstgestaltete Reformen unlegitimierte Modrow-Regierung im November/Dezember zu stürzen, bekam die Bewahrung von Stabilität - und wenigstens noch zeitweise der eigener Macht zur Sicherung eines geordneten Abgangs - Vorrang vor der Etablierung einer Bürgerregierung und einer offenen Debatte um Reformen.

Auf der anderen Seite stehen ähnliche Blockaden bei der oppositionellen Bürgerbewegung:

Aus einer Kritik am DDR-System herkommend und konzeptionell auf Veränderung durch Kritik der Macht orientiert, hatten auch die Bürgerbewegungen in umgekehrter Weise ein ungeklärtes, eben nur negatives Verhältnis zu Macht: Die Option, die SED im Herbst 1989 zu stürzen und die Macht in der DDR selbst in die Hände zu nehmen, gehörte nicht zum Selbstverständnis der Bürgerbewegungen. Die Negation der Macht war Gegenstand des politischen Diskurses, nicht aber ihre Rekonstruktion. Die Weiterexistenz einer fremden Macht und des eigenen Machtausschlusses - wenigstens in symbolischer Form als Gegenstand von Kritik und öffentlichen Läuterungsversuchen - stellte geradezu eine Referenzfolie für den eigenen Diskurs dar, und dies gilt in einer paradoxen Weise auch für die ersten Jahre nach dem Ende der DDR. Ein positives Verhältnis zur eigenen Machtausübung fehlt. Damit aber auch eine in der Öffentlichkeit wirksame Konstruktion neuer politischer Identität.

In der Wende kam es zwar zu anfänglichen Versuchen der Kommunikation und auch der Zusammenarbeit zwischen Reformkräften aus der SED und Bürgerbewegungen. Genau der Schritt zu einem von politischen Kalkülen bestimmten Umgang mit den aus der SED hervorgegangenen Reformern für die Etablierung einer neuen politischen Macht und die Nutzung von Macht zur Durchsetzung eigener Gestaltungsvorstellungen im Verlauf der Revolution blieb ausgeschlossen.

Der Diskurs der 3. SED-Reformergeneration, die als quantitative Minderheit konzeptionell eine wichtige Rolle in der PDS spielten, war blind für eine kritische Reflexion ihres affirmativen und avantgardistischen

Verhältnisses zur Macht. Und der politische Diskurs der Bürgerbewegungen war ebenso blind für die Auseinandersetzung mit ihrem negativen Verhältnis zur Macht. Dies erklärt, warum zwischen Oktober und Dezember 1989 politische Handlungsfähigkeit nicht hergestellt und die weitere politische Entwicklung, die Art der Vereinigung mit Westdeutschland, nicht nachhaltiger durch eigene Optionen beeinflusst werden konnte. Die Grenzen der Opposition gegen die SED wie auch der Reformbewegungen in der SED haben den Raum begrenzt, in dem sich politische Gestaltungsvorschläge aus der Perspektive der DDR-Intellektuellen artikulieren konnten. Der tatsächliche Druck der DDR-Bevölkerung auf eine Beschleunigung des Beitritts zur BRD und eine Übergabe der Gestaltungsmacht an Wirtschafts- und Politikeliten aus Westdeutschland erfolgte aus „eigensinnigem Interessenhandeln“ der Bevölkerungsmehrheit. Hier hatten der Exodus des Sommers 1989 und die unfähige Reaktion des DDR-Regimes zum „Umkippen“ und einer Neuorientierung der Bevölkerung geführt.